



Wahlprüfsteine des Bündnisses Freie Bildung zu den Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz am 13. März 2016

Das Bündnis Freie Bildung ist eine Vereinigung von Organisationen, die die Idee Freier Bildungsmaterialien (Open Educational Resources oder OER genannt) in Gesellschaft und Politik fördern möchten. Dabei sind für uns nur solche Materialien "frei" und "offen", die der [Open Definition](#) genügen. Das bedeutet: Bildungsmaterialien sind offen, wenn alle darauf frei zugreifen, sie nutzen, verändern und teilen können – eingeschränkt höchstens durch Maßnahmen, die Ursprung und Offenheit des Wissens bewahren.

1. Befürworten Sie eine generelle Regelung, nach der Bildungsmaterialien, deren Erstellung aus öffentlichen Mittel (ko)finanziert wurde, nach den Grundsätzen der [Open Definition](#) der Allgemeinheit frei zugänglich gemacht werden sollen?
2. Welche Maßnahmen halten Sie für geeignet, um den Zugang aller Menschen zu freien Bildungsmaterialien zu gewährleisten?
3. Inwieweit wollen Sie öffentlich finanzierte Angestellte im Bildungswesen dazu verpflichten, die von Ihnen im Rahmen Ihrer beruflichen Tätigkeit erstellten Inhalte unter einer Freien Lizenz zu veröffentlichen?
4. Was möchten Sie konkret in der kommenden Legislaturperiode zur Verbesserung des Zugangs zu Bildungsmaterialien unternehmen?
5. Sehen Sie bestimmte Lizenzen, die in Ihrem Land als Standard oder Empfehlung für Open Educational Resources gelten sollten?

Antworten der Parteien (in alphabetischer Reihenfolge)

1. Befürworten Sie eine generelle Regelung, nach der Bildungsmaterialien, deren Erstellung aus öffentlichen Mittel (ko)finanziert wurde, nach den Grundsätzen der [Open Definition](#) der Allgemeinheit frei zugänglich gemacht werden sollen?

Bündnis 90/Die Grünen

Wir GRÜNE verfolgen grundsätzlich das Ziel, dass Bild-, Ton- und Textdokumente, die einen kulturellen oder wissenschaftlichen Hintergrund haben und mit öffentlichen Geldern finanziert wurden, einer breiten Allgemeinheit unter entsprechenden freien Lizenzen zugänglich gemacht werden sollten. Damit fördern sie den Wissens- und Informationsaustausch der Gesellschaft in Zeiten des digitalen Wandels und stärken Prinzipien wie OpenAccess in Bezug auf wissenschaftliche Inhalte. Lehr- und Lernmaterial soll unter freien Lizenzen bereitgestellt werden, um Wissensmonopole aufzubrechen und die vielfältige Nutzbarkeit entsprechender Inhalte zu unterstützen. Wir GRÜNE setzen uns für jedwede Initiative ein, die zu einer flächendeckenden Partizipation an öffentlichen Bildungsgütern führt, da Bildung maßgeblich den Grad an gesellschaftlicher Teilhabe bestimmt und demzufolge allen Bevölkerungsgruppen gleichermaßen zur Verfügung stehen muss. Hierzu gehört auch der Zugang zu Lehr- und Lernmaterialien. Wir halten es daher für wichtig, dass Schüler*innen und Lehrer*innen Unterrichtsmaterialien auch gemeinsam entwickeln und teilen. Es muss in erster Linie gesichert sein, dass der digitale Bildungsraum sich offen gestaltet und sich nicht auf wenige (meist kommerzielle) Anbieter verengt.

FDP

Bildung ist ein Bürgerrecht und die Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe. Die FDP Rheinland-Pfalz ist daher für eine kostenfreie Bildung, das umfasst nach Möglichkeit auch die Bildungsmaterialien.

Freie Wähler

Die FREIEN WÄHLER sind grundsätzlich der Meinung, dass Bildungsmaterialien, die im öffentlichen Auftrag erstellt und daher öffentlich finanziert wurden, auch der Allgemeinheit ohne Einschränkungen zur Verfügung stehen sollen. In diesem Zusammenhang ist eine detaillierte Klärung der rechtlichen Situation notwendig, um beispielsweise Konflikte mit dem § 52a UrhG auszuschließen.

Piratenpartei

Ja, das befürworten wir uneingeschränkt und ist in unserem Wahlprogramm wie folgt festgeschrieben: "Damit alle sozialen Schichten ähnliche Voraussetzungen bekommen, wollen wir einen freien und kostenlosen Zugang zu sämtlichen Bildungsmedien gewährleisten. Staatlich finanzierte oder geförderte Schulbücher sollen unter freier Lizenz digital veröffentlicht werden. Außerdem soll die Veröffentlichung von Unterrichtsmaterialien und -entwürfen unter freien Lizenzen und via Internet gefördert werden. Dies vereinfacht den Lehrkräften die Verwendung bestehender und die Erarbeitung neuer Unterrichtsmaterialien. Auf einer staatlich finanzierten Plattform soll den Lehrern und Schülern der leichte Austausch und die gegenseitige Qualitätssicherung, beispielsweise durch eine Begutachtung seitens mehrerer Kollegen (Peer-Review), ermöglicht werden. Um einen Anreiz zu schaffen, sollen Lehrer für die Erstellung freier Lehrmaterialien zusätzliche Entlastungsstunden erhalten. Interessierte haben die Möglichkeit, an den freien Produkten mitzuarbeiten und sie nach Belieben zu verändern und zu verbessern."

http://wiki.piratenpartei.de/RP:Wahlprogramm#Lizenzfreies_Unterrichtsmaterial

REP

Bildungsmaterialien, deren Erstellung aus öffentlichen Mitteln (ko)finanziert wurde, sollen prinzipiell der Allgemeinheit frei zugänglich gemacht werden. Da "Öffentliche Mittel" letztendlich Gelder aus Steuern und Abgaben der Bürger sind, müssen die Erstellung und Verbreitung der Werke auch der Allgemeinheit nützlich sein können. Die Grundsätze der Open Definition stellen eine Diskussionsgrundlage dar, auf dessen Basis eine gesetzliche Regelung geschaffen werden kann. Genauer zu klären ist jedoch, was genau Bildungsmaterialien im Sinne der Open Definition sind. Ein Blick auf die sogenannte "Gender-Forschung" z.B. zeigt, dass hier auch die Missbrauchsgefahr dahingehend besteht, durch öffentliche Mittel Pseudowissenschaften zu verbreiten, wie diese Liste belegt: <http://www.evaluierten.de/infos/links/gender.htm>

SPD

Dies wäre wünschenswert. Insbesondere das Format der "Open Educational Resources (OER)" eröffnet unserer Meinung nach die Möglichkeit, freie Lehr- und Lernmaterialien effizienter und effektiver herzustellen und zu nutzen und die Angebote der Bildungsverlage zu ergänzen. OER können aus pädagogischer Sicht bei der Aneignung von Wissen einen Mehrwert darstellen und bei der Ausbildung von Kompetenz hilfreich sein. Das Lehren und Lernen wird durch authentische und internationale Bildungsinhalte bereichert, kreatives Arbeiten und kooperative Lernformen unterstützt, die Individualisierung gefördert.

2. Welche Maßnahmen halten Sie für geeignet, um den Zugang aller Menschen zu freien Bildungsmaterialien zu gewährleisten?

Bündnis 90/Die Grünen

Wir GRÜNE haben in Regierungsverantwortung an den rheinland-pfälzischen Schulen und Studienseminaren kostenfrei Software und Medien zur Verfügung gestellt, die von allen Lehrkräften sowie Schülerinnen und Schülern genutzt werden können. Darüber hinaus nutzen inzwischen über 300 Schulen sowie Studienseminare die landeseigene Lernplattform moodle@RLP. Nicht zuletzt wurden die rheinland-pfälzischen Schulen für ihre internetgestützte Zusammenarbeit über eTwinning ausgezeichnet. Es handelt sich dabei um eine Webplattform der EU-Kommission zur Förderung der gemeinsamen, länderübergreifenden Zusammenarbeit von Lehrkräften und Schulen in gemeinsamen Projekten vom Pädagogischen Austauschdienst der Kultusministerkonferenz. Wir GRÜNE halten derartige Maßnahmen für geeignet und setzen uns auch weiterhin für Maßnahmen ein, die allen Bevölkerungsgruppen den Zugang zu Bildungsmaterialien erleichtern.

FDP

Der Zugang zu Bildung sollte, wo immer möglich, kostenfrei sein. Auch im Bereich der internationalen Zusammenarbeit sollte der freie Zugang der Bürgerinnen und Bürger zu Bildung und damit zu Bildungsmaterialien ein Schwerpunkt sein. Entsprechende Maßnahmen sollten im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit gezielt gefördert werden.

Freie Wähler

Der klassische und diskriminierungsfreie Zugang zu Bildungsmaterialien – in Rheinland-Pfalz – erfolgt über Bibliotheken, die in unterschiedlicher Weise - teilweise auch ausschließlich - über elektronische Zugänge erreichbar sind. Um den Zugang aller Menschen zu freien Bildungsmaterialien zu gewährleisten, sind eine Reihe spezifischer geographischer, kultureller und wirtschaftlicher Aspekte zu berücksichtigen, die an dieser Stelle auch nicht annähernd erschöpfend diskutiert werden können. In Bezug auf das Land Rheinland-Pfalz gibt es sicher noch Defizite im Bereich Netzwerkzugang. Neben den technischen Aspekten sind aber Betreuungs- und Beratungsleistungen für Bildungswillige aus unserer Sicht der primäre Erfolgsfaktor.

Die Piraten

Unser Wahlprogramm sagt dazu: "Die Werke sollen an einer geeigneten Stelle unter einer beliebigen Creative-Commons-Lizenz veröffentlicht werden müssen. Bei der Veröffentlichung ist darauf zu achten, dass die Materialien auch digital ohne den Kauf eines Buchs z. B. auf E-Book-Readern verwendet werden können. Wir setzen uns dafür ein, die Abhängigkeit von Schulbuchverlagen schrittweise zu beenden. Die Autorenleistungen, für

die jeweilige Erstellung und Aktualisierung, werden hierbei jeweils einmalig durch das Land finanziert, sodass eine jeweilige dauerhafte Vergütung pro Medium entfällt."

http://wiki.piratenpartei.de/RP:Wahlprogramm#Lizenzfreies_Unterrichtsmaterial

REP

Wir befürworten eine öffentliche Bereitstellung der freien Werke durch die Bildungseinrichtungen. Freie Bildungsmaterialien sollen an den Orten zur Bearbeitung frei zugänglich sein, an denen sie gebraucht werden. Das bedeutet, dass Bildungseinrichtungen Internetzugänge, Bibliotheken, Lesesäle usw. bereitstellen wo die Werke abgerufen und bearbeitet werden können. Die Funktionsweise der deutschen Nationalbibliothek ist hier als positives Beispiel zu nennen. Wir befürworten, dass öffentliche Bildungseinrichtungen barrierefrei ausgestattet und für jeden deutschen Staatsbürger frei zugänglich sind.

SPD

Das rheinland-pfälzische Medienportal OMEGA stellt inzwischen über 550 geprüfte kostenfreie Lehr- und Lernmaterialien zur unterrichtlichen Nutzung u.a. im Rahmen des Medienkompass allen Lehrkräften und Schülerinnen und Schüler zur Verfügung. Dieses Angebot möchten wir sukzessive weiter ausbauen. Ein Teil der Materialien sind mit entsprechenden CC-Lizenzen versehen und dürfen im Sinne von OER genutzt, kopiert, verändert und wiederveröffentlicht werden.

3. Inwieweit wollen Sie öffentlich finanzierte Angestellte im Bildungswesen dazu verpflichten, die von Ihnen im Rahmen Ihrer beruflichen Tätigkeit erstellten Inhalte unter einer Freien Lizenz zu veröffentlichen?

Bündnis 90/Die Grünen

Wir GRÜNE wollen, dass publizierte Ergebnisse öffentlich finanzierter Forschung und Lehre möglichst frei zugänglich gemacht werden und unterstützen deshalb Open Access und Open Data im Wissenschaftsbereich. Unsere Bundestagsfraktion setzt sich seit Jahren für Open Access ein und fordert im Bundestag eine umfassende Open-Access-Strategie (siehe Bundestagsdrucksache 17/7031). Teil davon ist die rechtliche Stärkung der wissenschaftlichen Autoren und Autorinnen. Wir wollen ein unabdingbares Zweitveröffentlichungsrecht für alle wissenschaftlichen Beiträge in Periodika und Sammelbänden, die aus mit öffentlichen Mitteln finanzierten Lehr- und Forschungstätigkeiten entstanden sind. Damit ermöglichen wir wissenschaftlichen Autoren und Autorinnen die freie und dauerhafte Zugänglichmachung ihrer Publikationen im Internet (sog. „grüner Weg“ des Open Access). Die Urheberinnen und Urheber sollen ihre Werke formatgleich nach Ablauf einer Frist von sechs Monaten bei Periodika und zwölf Monaten bei Sammelbänden seit der Erstveröffentlichung frei zugänglich machen können.

FDP

Es ist wichtig, dass auch geistige Leistung angemessen honoriert wird. Eine Verpflichtung zu einer Veröffentlichung unter einer Freien Lizenz könnte zwar zum Gegenstand eines Arbeitsvertrages gemacht werden, allerdings müsste ein solcher auch klare Regelungen für die Honorierung entsprechender Leistungen enthalten.

Eine entschädigungslose Enteignung geistigen Eigentums lehnt die FDP Rheinland-Pfalz ab.

Freie Wähler

Hier sind unter "Inhalte" wohl Aufgabensammlungen, beispielhafte Texte, Skripte o.ä. zu verstehen – für die FREIEN WÄHLER gehören zum Bildungswesen sowohl Kitas als auch Hochschulen sowie der dazwischen angesiedelte vielfältige schulische Bereich. Aus unserer Sicht ist es jedem einzelnen unbenommen, im Rahmen der rechtlichen Vorgaben und dem persönlichen Anspruch auf die Einhaltung von Qualitätsstandards eigene Dokumente zu veröffentlichen - möglicherweise auch unter einer freien Lizenz. Angesichts des bereits seit längerem massiv störenden „akademischen Mülls“ halten wir jedoch eine Pflicht zur Veröffentlichung für ungeeignet – eine Lehre aus der indirekten Pflicht zur Veröffentlichung im akademischen Karrieresystem.

Die Piraten

Auch hierzu eine eindeutige Aussage im Wahlprogramm: " Grundsätzlich sollen alle Angestellten des Staates und damit auch Lehrer und Professoren die Materialien und Texte, die während ihrer Arbeitszeit entstehen, der Gesellschaft zugänglich machen müssen."

http://wiki.piratenpartei.de/RP:Wahlprogramm#Lizenzfreies_Unterrichtsmaterial

REP

Wir vertreten die Ansicht, dass öffentlich finanzierte Angestellte die im Rahmen ihrer Tätigkeit erstellten Inhalte frei zugänglich machen sollen. Diese Bedingung kann im Arbeitsvertrag festgehalten werden. Eine aus öffentlichen Geldern finanzierte Forschungs- und Bildungseinrichtung steht im indirekten Auftrag der Steuerzahler. Aus diesem Grund besteht seitens der Wissenschaftler aus unserer Sicht kein privater Anspruch an den im Rahmen ihrer Arbeit erstellten Inhalten. Ein Angestellter im Bildungswesen kann jedoch als Privatperson auch im Sinne der Open Definition seine eigenen Inhalte für seine Zwecke nutzen.

SPD

Diese Thematik betrifft zahlreiche Rechte vom Verwaltungsrecht bis hin zu Urheberrechten in fast allen Bildungsbereichen von Schule über Hochschule bis hin zur Weiterbildung. Die Diskussion ist in vollem Gange, auch die Kultusministerkonferenz befasst sich derzeit im Rahmen der Erarbeitung einer digitalen Bildungsstrategie mit diesen Fragestellungen. Eine weitergehende Stellungnahme ist daher momentan aus unserer Sicht noch nicht möglich.

4. Was möchten Sie konkret in der kommenden Legislaturperiode zur Verbesserung des Zugangs zu Bildungsmaterialien unternehmen?

Bündnis 90/Die Grünen

Wir GRÜNE begrüßen prinzipiell Plattformen wie den frei zugänglichen BildungsServer des Landes Rheinland-Pfalz, der zu einer Vielzahl an verschiedenen Themen kostenfreie Inhalte zur Verfügung stellt und über aktuelle bildungspolitische Vorgänge informiert. Wir wollen die Verwendung von freier und Open-Source-Software in Schulen, Hochschulen und Kommunalverwaltungen fördern. Denn auch das trägt dazu bei, die Quasi-Monopole von Computer-Plattformen und von Standardsoftware im öffentlichen Bereich zu durchbrechen. Dadurch unterstützen wir diejenigen, die sich kreativ und offen für die Entwicklung von Software einsetzen, um den Menschen die Unabhängigkeit von Entscheidungen marktbeherrschender Software-Anbieter zu ermöglichen. Dazu werden wir nicht-diskriminierende Ausschreibungsbedingungen setzen. Staatlich beauftragte Neuentwicklungen von Software werden wir quelloffen realisieren und kollaborative Weiterentwicklung fördern. Unsere Bundestagsfraktion hat sich im Rahmen der Enquete-Kommission „Internet und Digitale Gesellschaft“ am Bundestag für die politische Auseinandersetzung mit dem Thema eingesetzt und war maßgeblich an der Formulierung umfangreicher Handlungsempfehlungen in dem Bereich beteiligt.

FDP

Eines der größten Probleme beim Zugang zu Bildungsmaterialien ist die chronische Unterfinanzierung der Kommunen in Rheinland-Pfalz. Die rheinland-pfälzischen Städte und Gemeinden zählen zu den bundesweit am höchsten verschuldeten. Die Ursache dafür liegt auch in der Politik der aktuellen Landesregierung, welche den Kommunen zahlreiche Aufgaben übertragen hat, ohne ihnen die zu deren Erfüllung notwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen. Die Folge ist, dass die Städte und Gemeinden kaum noch in der Lage sind in den Unterhalt der kommunalen Infrastruktur, wie zum Beispiel Bibliotheken, zu investieren. Finanziell gut ausgestattete Kommunen sind die Voraussetzung für einen Zugang zu freien Bildungsmaterialien.

Freie Wähler

Wir haben primär auf Menschen Rücksicht zu nehmen, die sehr persönliche Vorstellungen von ihrer Lebensplanung besitzen und ihren Bildungswunsch mit ihren privaten und beruflichen Vorgaben abstimmen müssen. Zugang wird daher zu Beratungsleistungen und -stellen benötigt, die individuelle Bildungspläne entwickeln und die notwendige Betreuung gewährleisten. Für soziale Interaktionen sind geeignete Konzepte bereit zu stellen, die im vorliegenden Fragenkatalog nicht angesprochen werden - aber einen wesentlichen Erfolgsfaktor im Bildungsbereich darstellen. Außerdem werden angemessene Bildungsmaterialien benötigt, ein "one size fits all"-Ansatz ist angesichts einer Vielzahl von Lerntypen und Lehrstrategien nicht zielführend. Die Frage nach einer Verbesserung des

Zugangs zu Bildungsmaterialien umfasst eine Vielzahl von Themen – das Material selbst, die Rechte der Urheber, die Eigenschaften der Zielgruppe. Ungeklärt sind aus unserer Sicht Qualitätsstandards, denen „Inhalte“ genügen müssen, um als Bildungsmaterialien klassifiziert werden zu können – schließlich wollen Nutzer auch Nachweise über den erreichten Bildungslevel vorlegen können. Der Zugang zu Bildungsmaterialien ist daher ein auch mit den Bildungsträgern abzustimmender Teilaspekt einer möglichen Reform der gesamten Bildungslandschaft.

Die Piraten

Wir würden uns freuen, wenn wir zukünftig die Gelegenheit hätten, unser Wahlprogramm parlamentarisch einbringen zu können, indem wir in die Parlamente einziehen.

REP

Wir möchten uns zunächst dafür einsetzen, dass der Zugang zu unserem Staatsgebiet wieder unter Kontrolle ist, sodass z.B. Turnhallen, Schulen, usw. wieder als solche genutzt werden können. Nachdem die Schäden durch das Abwohnen der Asylbewerber behoben sind, sollen Bildungseinrichtungen wieder auf den Stand gebracht werden, dass Bibliotheken, Computerarbeitsräume und Turnhallen den in Punkt 2. benannten Anforderungen gerecht werden.

SPD

Eine bildungspolitisch nachhaltige OER-Initiative – das zeigen uns die Erfahrungswerte aus anderen Staaten – benötigt Ressourcen und eine intelligente Steuerung, damit Potenziale zum Tragen kommen. Dafür möchten wir uns einsetzen.

5. Sehen Sie bestimmte Lizenzen, die in Ihrem Land als Standard oder Empfehlung für Open Educational Resources gelten sollten?

Bündnis 90/Die Grünen

Wir GRÜNE wollen keine bestimmte Lizenz empfehlen. Maßgabe sollten die Standards zu Open Educational Resources sein. Weit verbreitet und etabliert sind etwa die Lizenzen der Creative Commons oder die GNU General Public License.

FDP

Dem Zugang zu freien Bildungsmaterialien sollte in Deutschland eine höhere politische Priorität eingeräumt werden, da dieser eine wichtige Voraussetzung für einen diskriminierungsfreien Zugang zur Bildung ist. Die Idee einer kostenfreien Bildung wird durch teure Bildungsmaterialien konterkariert.

Freie Wähler

Aus unserer Sicht sollte das Thema freie Lizenzen im europäischen Rahmen diskutiert werden – unterschiedliche regionale Empfehlungen innerhalb Deutschlands sind nicht kompatibel mit der Vision einer Bildungswelt, wie sie in Frage 2 impliziert wurde.

Die Piraten

"Die Werke sollen an einer geeigneten Stelle unter einer beliebigen Creative-Commons-Lizenz veröffentlicht werden müssen."

http://wiki.piratenpartei.de/RP:Wahlprogramm#Lizenzfreies_Unterrichtsmaterial

REP

Die deutschen Regierungen der letzten 20 Jahre haben es durchweg verpasst, sich auf den digitalen Wandel einzustellen. Aus diesem Grund fehlen aus unserer Ansicht entsprechende belastbare Lizenzregelungen, die wir als Empfehlung nennen können. Wir sehen durchaus Potential in der Open Definition.

SPD

Siehe Antwort auf Frage 2